

Kritik am Verzicht auf Kindergrundsicherung: Kein Systemwechsel in Sicht

Deutscher Kinderschutzbund warnt vor drohendem Scheitern der Kindergrundsicherung. Kritik an fehlendem Systemwechsel und geringen Reformmitteln. Neue Maßnahme: Erhöhung des Kindersofortzuschlags und Kindergeldes um jeweils fünf Euro.

Der Deutsche Kinderschutzbund schlägt Alarm

Die Präsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes, Sabine Andresen, warnt vor dem möglichen Scheitern der angestrebten Kindergrundsicherung. Dieser Schritt würde bedeuten, dass die Ampelkoalition auf eine bedeutende Reform im Bereich der Familienpolitik verzichtet. Andresen betont, dass die aktuellen Diskussionen keine wirkliche Kindergrundsicherung darstellen, da nur begrenzte Mittel für eine umfassende Reform vorgesehen sind.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, wie die Verlängerung und Erhöhung des Kindersofortzuschlags sowie die Anhebung des Kindergeldes, sind nach Ansicht von Andresen nur oberflächliche Reparaturversuche im bestehenden System. Sie fordert stattdessen eine Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder und Jugendliche sowie eine effektivere Zusammenführung und Entbürokratisierung wichtiger familienpolitischer Leistungen.

Die kritische Haltung des Deutschen Kinderschutzbundes kommt

zu einem Zeitpunkt, an dem Kanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner eine moderate Erhöhung des Kindergeldes und des Kindersofortzuschlags vereinbaren konnten. Allerdings scheint die Kernidee einer umfassenden Kindergrundsicherung in diesem Kontext auf der Strecke zu bleiben.

Es bleibt abzuwarten, ob die politischen Entscheidungsträger das Konzept der Kindergrundsicherung doch noch aufgreifen und somit einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Kindern und Familien in Deutschland setzen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de